

Dr. Porst: Gas-Pipeline "ZEELINK" betrifft auch Krefeld!

Die FDP-Stadtratsfraktion wünscht eine Information des Ausschusses für Stadtplanung und Stadtsanierung über die Stellungnahme der Stadt zur geplanten Gas-Pipeline "ZEELINK".

Nach Ansicht der FDP-Fraktion geht es in dem zurzeit laufenden Raumordnungsverfahren darum, dass die Stadt den Korridor für die Trasse u.a. mit ihrer Flächennutzungsplanung abstimmt. Weiterhin regt die Fraktion an, "sich in dem Raumordnungsverfahren zumindest informell mit dem auch betroffenen Kreis Viersen abzustimmen."

Der Konzern Open Grid Europe (OGE) plant im Rahmen des Projektes "ZEELINK" eine Gas-Pipeline zwischen der belgisch-deutschen Grenze in Lichtenbusch und Legden im Münsterland. Der erste Abschnitt reicht von Lichtenbusch bis St. Hubert, der zweite von Kendeldorf bis nach Legden im Münsterland. Der Verlauf der Pipeline wird in den nächsten Monaten festgelegt. Zurzeit findet das sogenannte Raumordnungsverfahren statt. Für die Jahre 2017 und 2018 ist das Planfeststellungsverfahren vorgesehen. Die Bauphase soll zwischen 2019 und 2020 liegen, damit dann im März 2021 bereits die Inbetriebnahme erfolgen kann.

"Zurzeit geht es um den Korridor, in dem dann die endgültige Trassenführung festgelegt werden soll. Der von OGE bevorzugte Korridor für die Trasse der zu verlegenden Pipeline befindet sich an der westlichen Stadtgrenze von Krefeld bzw. im Bereich Hüls auf Krefelder Stadtgebiet", erklärt Ratsherr Dr. Günther Porst, Sprecher der FDP im Umweltausschuss. Die zu findende Trasse für die Gas-Pipeline sei nicht kompatibel mit der Trasse der zurzeit ebenfalls diskutierten 380-kV-Leitung. Deshalb sei es nicht möglich, die Trassenführungen der Stromleitung und der Gasleitung miteinander zu "verbinden".

"OGE bemüht sich um ein möglichst transparentes Verfahren. Die Stadt wiederum sollte gegenüber den politischen Gremien und der Bürgerschaft ebenfalls mit offenen Karten spielen, soweit es um eine förmliche Stellungnahme im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens geht. Dies gilt erst recht für das nachfolgende Planfeststellungsverfahren", fordert Dr. Porst.